

## Parteitag stärkt SPD in Regierungsverantwortung

Liebe Genossinnen und Genossen, das Jahr neigt sich dem Ende zu. Viel ist in den letzten Monaten bewegt worden. Gerne hätte ich das Jahr als Parlamentarischer Staatssekretär auch mit Bundesarbeits- und Sozialminister Franz Müntefering beendet. Franz Müntefering war über viele Jahre ein verlässlicher Anker einer ausgewogenen sozialdemokratischen Politik, die sich ohne ideologische Scheuklappen der Menschen und ihrer Probleme angenommen und die sich nie mit den Dingen abgefunden hat, wie sie sind. Über 1,6 Mio. Arbeitslose weniger, über 1,3 Mio. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mehr seit Januar 2006 sind auch Beleg seiner guten Arbeit. Seine Entscheidung verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung. Kurs auf „Gute Arbeit“ wird jetzt Olaf Scholz halten, der Ende November das Ruder im BMAS übernommen hat und mit dem ich mich auf gute Zusammenarbeit freue.

Für unsere künftige Politik hat der Parteitag Ende Oktober wichtige Grundlagen und Eckpositionen geschaffen. Die Hamburger Beschlüsse reichen weiter – und sind weitsichtiger – als viele glauben! Mit ihnen setzen wir einerseits den Weg vernünftiger Regierungspolitik fort; und betten diese mit dem Hamburger Programm andererseits in einen grundsätzlichen Zusammenhang ein, der der SPD auch in der Koalition und in Hinblick auf die nächste Bundestagswahl klare Konturen sozialer Gerechtigkeit verleiht.

Mit der Agenda-Politik haben wir die Grundlagen geschaffen, wieder mehr gestalten zu können. Diese neu gewonnenen Spielräume gilt es jetzt im Sinne der Menschen auszufüllen. Es geht darum, den Aufschwung auf breite Füße zu stellen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass er bei den Menschen, die ihn erarbeitet haben, ankommt. Deshalb treten wir für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Darum haben wir vor, die Voraussetzungen für Beschäftigung Älterer weiter zu stärken, auch durch flexible Übergänge in die

Rente. Ebenso wollen wir die Bedingungen für junge Arbeitnehmer, Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchende verbessern. Dazu dienen die 100.000 Plätze Programme der Jobperspektiven und des Kommunal-Kombis sowie das Programm U25 für ca. 60.000 junge Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen. Und schließlich gilt es, benachteiligten Kinder und Jugendlichen mehr Chancen zu geben. Kinderarmut (siehe dazu Seite 2) hat in unserer Gesellschaft ebenso wenig Platz wie die Tatsache, dass Bildung immer stärker vom sozialen Status der Eltern abhängt.

Mit dem Hamburger Programm hat sich unsere Partei programmatisch zum Leitprinzip der Nachhaltigkeit bekannt. Der Betonung von Bildung und Familien, dem Verständnis von Europa als Antwort auf die Globalisierung sowie der Verbindung der Ziele Gute Arbeit, vorsorgender Sozialstaat und qualitatives Wachstum liegt ein Verständnis von Fortschritt zugrunde, das die Gesellschaft als untrennbares Ganzes, als verantwortlichen Teil der Welt und auf Dauer betrachtet. Mit dem Hamburger Programm ist die Regierungspartei SPD wieder stärker *Programmpartei* geworden – das wird unsere Politik verständlicher machen und uns helfen, pragmatische Regierungsarbeit und konsequente Programmatik zu vereinen.

Weil uns dies nach der geschichtlichen Erfahrung besser gelingt als der Konkurrenz gehe ich zuversichtlich ins neue Jahr. Für dieses wünsche ich Euch und uns alles Gute, vorher noch festliche Tage, einen guten Rutsch – und ein tolles Ergebnis bei den anstehenden Kommunalwahlen, zu dem ich gerne nach Kräften beitragen will!

Herzlich grüßt

Euer




Franz Thönnies, MdB

### IN DIESER AUSGABE:

#### AKTUELLES

- 2 Kinderarmut entschieden bekämpfen
- 3 Kurz notiert

#### THÖNNES IN AKTION

- 4 Nachbericht —
- 16. BSPC in Berlin
- 6 „Gesunde Arbeit Segeberg“ — Modellprojekt gestartet
- 7 Rückblick: Was mich 2007 besonders gefreut hat

#### ZU GUTER LETZT

- 8 [www.weltwärts.de](http://www.weltwärts.de)
- 8 Kontakt
- 8 Reden
- 8 Termine
- 8 Impressum

[www.thoennes.de](http://www.thoennes.de)



## KINDERARMUT ENTSCIEDEN BEKÄMPFEN

**Von Franz Thönnnes** — *In unserem Land leben rund zweieinhalb Millionen Kinder vom gesetzlichen Existenzminimum. Fast jeder dritte Minderjährige lebt laut dem Kinderschutzbund in Deutschland in „prekären Verhältnissen“. Dazu diskutierte ich am 18.10.2007 in der Mühle in Bad Segeberg mit der Jugend- und Familienpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion Christel Humme, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des Kinderschutzbundes Schleswig-Holstein Ingo Loeding, dem zuständigen Fachbereichsleiter des Kreis Segeberg Dr. Georg Hoffmann sowie Cordula Schultz und Sybille Hahn von der SPD Segeberg bei der Veranstaltung „Kinderarmut wirksam bekämpfen“.*

Das Ausmaß des Problems Kinderarmut ist weit größer, als die öffentliche Präsenz des Themas vermuten lässt. Und es ist ein Problem enormer Tragweite: Arme Kinder haben statistisch weniger Chancen auf einen guten Schulabschluss und einen Ausbildungsplatz; sind größeren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt; und können oft nicht an kulturellen Aktivitäten teilnehmen, z.B. an Klassenfahrten. Kinder armer Eltern werden mit weit überdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit einmal selbst Eltern armer Kinder. Oder anders gesagt: Der Kampf gegen Kinderarmut ist ein Kampf gegen die Gefahr lebenslanger Ausgrenzung.

Viele Darstellungen des Problems konzentrieren sich dabei auf die Folgen der Arbeitsmarktreformen. Doch das verkürzt das Problem: Zum einen sind längst nicht nur Kinder von ALG II-Beziehern betroffen, sondern ebenso Kinder von Migranten und Eltern in prekärer Beschäftigung. Und zum anderen sind die Armutrisiken in Deutschland infolge der Reformen nicht größer, sondern vor allem sichtbarer geworden. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat viele Menschen aus der verdeckten Armut in die Soziale Grundsicherung nach dem SGB II geholt. Gut 400.000 Menschen wurden aus der Sozialhilfe in das neue Leistungsrecht des SGB II mit einbezogen. Die Regelsätze für unter 7jährige Kinder wurden erhöht und der Mehrbedarf für Alleinerziehende erweitert. Die Pauschalierung einmaliger Leistungen, verbesserte Hinzuerdienstmöglichkeiten, höhere Schonbeträge bei der Vermögensanrechnung und damit auch die gewollte Senkung von Hemmschwellen bei der Beantragung haben zu einer Erhöhung der Bewilligungen nach dem SGB II für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren und der Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten geführt. Das hat Menschen geholfen und die Statistik immerhin ehrlicher gemacht — und damit auch die Möglichkeiten verbessert, etwas gegen das Problem zu tun.

Seit unserem Regierungsantritt 1998 haben wir eine Reihe sinnvoller Maßnahmen auf den Weg gebracht, etwa die Erhöhung des Kindergeldes, die Einführung des Kinderzuschlags oder den Ausbau von Ganztagschulen. Zur Zufriedenheit besteht dennoch kein Anlass: Es sind innovative Wege gefragt, den vielschichtigen Gründen und Folgen von Kinderarmut zu begegnen. Das Geld ist dabei das (notwendige) Eine – doch es wird zurecht davor gewarnt, das Problem auf seine finanzielle Sei-



*Zu viele Kinder stehen im Schatten*

te zu verkürzen. Zielgerichtete Hilfen wie kostenloses Schulessen, regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen oder Unterstützung bei der Einschulung können manchmal mehr erreichen. Es kommt darauf an, die ganze Palette der Instrumente durchzugehen und weiterzuentwickeln. Notwendig ist eine gemeinsame konzertierte Aktion aller beteiligten Akteure und Ebenen. Und notwendig ist weiterhin Arbeit!

In jedem Fall stehen wir Sozialdemokraten in der Pflicht, uns des Problems entschieden anzunehmen: Die SPD hat stets gegen Verelendung und Almosenkultur gekämpft, und sich für gleiche soziale Rechte sowie gleiche Bildungs- und Lebenschancen stark gemacht. Unser beharrlicher Einsatz für eine integrative Gesellschaft bleibt weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung.

## KURZ NOTIERT

### HAUSHALT 2008 VERABSCHIEDET



Der Bundestag hat am 30. November den Haushalt für 2008 beschlossen. Bei Ausgaben des Bundes in Höhe von insgesamt 283,2 Mrd. Euro sinkt die Neuverschuldung von 14,4 auf 11,9 Mrd. Euro. In seinen Beratungen setzte der Bundestag dabei gegenüber dem Regierungsentwurf rund 362 Mio. zusätzliche Investitionen sowie eine um gut 1 Mrd. geringe Neuverschuldung durch.

Mit dem Haushalt 2008 setzen die Bundesregierung und Finanzminister Peer Steinbrück die erfolgreiche Strategie der „Konsolidierung mit Augenmaß“ fort. Diese baut Neuverschuldung ab, ohne dabei notwendige Investitionen in die Zukunft zu vernachlässigen. 2007 hat diese Strategie erstmals zu einem ausgeglichenen Haushalt der gesamten Republik geführt, der Bund wird voraussichtlich 2011 erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Die SPD hat sich durchgesetzt: Die Briefdienstleistungen werden in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen. Das war die Voraussetzung dafür, dass der zwischen den Tarifpartnern vereinbarte Mindestlohn (in Höhe von 9,80 für Briefzustellung und 8 bzw. 8,40 Euro für andere Tätigkeiten der Briefbeförderung) für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Der Mindestlohn gilt für alle in- und ausländischen ArbeitnehmerInnen, wenn sie in Deutschland tätig sind.

Die Branche der Briefdienstleistungen wird so vor einem Dumpingwettbewerb geschützt. Damit wird der Wegfall des Briefmonopols zum Jahresende nicht zu einem Wettbewerb um schlecht bezahlte Arbeitsplätze führen, der die Arbeitnehmer ebenso ausbeutet wie die Steuerzahler, die das über ergänzende Hilfen des Staates finanzieren.

Darüber hinaus tritt die SPD weiter für Mindestlöhne ein. Der Ball liegt nun bei den Tarifpartnern, die bis März 2008 die Möglichkeit haben, bei einer Tarifbindung von über 50% den Antrag auf Aufnahme ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz zu stellen. Zudem wird das Mindestarbeitsbedingungengesetz (MIA) überarbeitet, um Mindestlöhne auch in anderen Branchen zu ermöglichen.

### MINDESTLOHN IM BRIEFBEREICH



### KEINE ZWANGSVERRENTUNG MIT 58



In letzter Minute hat die SPD in Verhandlungen mit der Union eine Verständigung erzielt, die ALG II-Bezieher vor dem Verweis auf eigene Rentenansprüche (anstelle von ALG II) bewahrt.

Der Einigung zufolge erhalten ALG II-Empfänger nun ab dem 58. Lebensjahr die Möglichkeit, sich nicht mehr arbeitsuchend zu melden, falls ihnen nicht innerhalb von zwölf Monaten ein Arbeitsangebot gemacht werden kann. Auf eigenen Wunsch stehen ihnen aber auch künftig die Integrationsangebote der Arbeitsagentur, der ARGEN und der Optionskommune zur Verfügung. Auf die Vorrangigkeit ihrer Rentenansprüche können ältere Arbeitslosengeld II-Empfänger nun erst ab 63 Jahren verwiesen werden.

Die Union hat sich leider geweigert, das Gesetz noch vor der Jahreswende in 2. und 3. Lesung zu beraten. Daher wird es nun im nächsten Jahr nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages rückwirkend zum 1.1.2008 in Kraft treten. Die Verantwortung für den damit verbundenen organisatorischen Aufwand bei der Bundesagentur, den ARGEN und Optionskommunen trägt die Union.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch im November fortgesetzt. Bundesweit waren im November 3,378 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet. Das ist der niedrigste Stand seit 1992. Im Vergleich zum Oktober ist die Arbeitslosigkeit um 55.000 Menschen zurückgegangen. Damit fiel der Rückgang stärker aus als in den letzten Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr sind 617.000 Menschen weniger arbeitslos gemeldet.

40,359 Mio. Menschen sind erwerbstätig. Das ist ein Rekord in der Bundesrepublik. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt weiter. Mit 27,45 Mio. Menschen sind rd. 577.000 Menschen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als noch vor einem Jahr. Im November gab es rund 942.000 offene Stellen. Das sind 136.000 mehr als vor einem Jahr.

### GUTE NACHRICHTEN VOM ARBEITSMARKT



**Erwerbstätige (inkl. Geringbeschäftigte):**  
**40.359.000** (Oktober 2007)  
 +682.000 (gegenüber Vorjahr)

**Erwerbstätige (sozialversicherungspflichtig):**  
**27.446.400** (September 2007)  
 +577.000 (gegenüber Vorjahr)

	Arbeitslosenquote	Arbeitslose gesamt	Quote West	Gesamt West	Quote Ost	Gesamt Ost
November 2007	8,1	3.378.378	6,7	2.224.514	13,4	1.153.864
Vormonat	8,2	3.433.639	6,8	2.264.826	13,6	1.168.813

\*= jeweils aktuellster zur Verfügung stehender Wert, saisonbereinigt

## Gute Arbeit für die Ostsee

### 16. BSPC in Berlin



*Unter dem Motto „Nachhaltige Entwicklung in der Ostseeregion – Soziale Wohlfahrt, Maritime Politik, Energiesicherheit“ tagte am 27. und 28. August 2007 im Berliner Reichstagsgebäude die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz. Dabei ging es um die Herausforderungen, vor die das „Mare Balticum“ seine Anrainer stellt. Es war das erste Mal, dass Deutschland Gastgeber der Konferenz war.*

Franz Thönnnes, der die Konferenz als Vorsitzender ihres Ständigen Ausschusses und Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages eröffnete, war zufrieden: „Wir haben hier gut gearbeitet, wichtige Diskussionen geführt und konkrete Ergebnisse erzielt. Die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit im Ostseeraum ist sehr deutlich geworden.“

Die Konferenz setzt sich zusammen aus 80 Vertreterinnen und Vertretern der nationalen und regionalen Parlamente der 11 Ostseeratsmitglieder, darunter von sozialdemokratischer Seite auch die Segeberger Landtagsabgeordnete Astrid Höfs. Neben Deutschland zählen die skandinavischen Länder Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark, die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie Island, Russland und Polen zu den Teilnehmern. Hinzu kamen 70 Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Verwaltungen sowie über 60 Gäste, darunter auch mehrere Präsidentinnen und Präsidenten der Parlamente. Mit über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war diese Tagung die bislang größte in der Geschichte der

„Baltic Sea Parliamentary Conference“ (BSPC).

Nach der Begrüßung durch Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert und der Eröffnung durch Franz Thönnnes sprachen im Verlauf der Tagung auch der lettische Außenminister und amtierende Vorsitzender des Ostseerates, Dr. Artis Pabriks, Außen-Staatsminister Günter Gloser, der polnische Außenstaatssekretär Rafal Wisniewski, Bundesarbeits- und Sozialminister Franz Müntefering und Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zu den Delegierten. Erstmals kam es zu einem gemeinsamen Dialog der Sozialpartner durch die Vertreter des Baltic Sea Trade Union Network, Peter Deutschland, und der europäischen Arbeitgebervereinigung Business Europe, Sverker Rudeberg. Referate hielten ebenfalls Kabinettschef Andris Kesteris, Generaldirektor Nikolas van der Pas und Paul Nemitz von der Europäischen Kommission.

Die zweitägigen Beratungen mündeten in eine Abschlussresolution, mit der die Forderungen der Konferenz an die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union gerichtet werden.

Darin fordern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Förderung der Mobilität in den sich immer stärker bildenden grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten. Um den Beschäftigten Sicherheit in sozial- und steuerrechtlichen Fragen zu geben, sollten – orientiert an dem „Infocenter Grenze“ in Padborg an der deutsch-dänischen Grenze – Informationszentren an entsprechend stark frequentierten Grenzübergängen der Ostseeländer eingerichtet werden. Faire Arbeitsbedingungen werden ebenso eingefordert wie eine Politik, die Jugendliche und benachteiligte Gruppen in den Arbeitsmarkt integriert. DGB-Nord-Chef Peter Deutschland nannte es einen „Meilenstein“, dass die Konferenz das Thema „Arbeit und Soziale Wohlfahrt“ auf die Tagesordnung gesetzt habe.

Konkrete Schritte erwartet die BSPC von den Regierungen, um die Ostseeregion zu einer maritimen Modellregion und zum saubersten und sichersten Meer Europas zu machen. Um die Sicherheit der Schifffahrt zu erhöhen, soll die Arbeit der Küstenwachen gestärkt und koordiniert werden. Mit der Übertragung der aus der Flugsicherung bekannten Grundsätze auf die Überwachung und Regelung des Seeverkehrs in der Ostsee sollen neue innovative Navigationstechnologien gefördert werden. Für navigatorisch schwierige Seewege sollen Lotsen eingesetzt werden. Zur Bekämpfung der illegalen Fischerei erwarten die Delegierten

verschärfte Reaktionen der nationalen Regierungen. Verlangt wurden auch umfassende Maßnahmen zur zügigen Reduzierung von Nährstoffeinleitungen (sogenannter „Eutrophierung“), darunter unter anderem ein Verbot von phosphathaltigen Waschmitteln und der Aufbau einer wirkungsvollen Abwasserentsorgungsstruktur. Nach dem Willen der Delegierten soll der Ostseeraum darüber hinaus zu einer „Modellregion für erneuerbare Energien in Europa“ entwickelt werden, die den Zusammenhang von Energiefragen und Klimawandel stärker berücksichtigt.

Als Pilotregion soll der Ostseeraum zeigen, dass eine wettbewerbsfähige Meeresindustrie mit einem wirksamen Schutz maritimer Ökosysteme vereinbar ist. „Wir müssen alles tun, dass wir bei der Nutzung der wirtschaftlichen Chancen der Region die Ostsee als natürlichen Lebensraum erhalten“, so Franz Thönnnes. „Eine weitere Verschmutzung der Meere hätte verheerende Folgen.“

Dabei hob Thönnnes die Bedeutung der Kooperation im Ostseeraum gerade für Schleswig-Holstein hervor: „Als Land zwischen zwei Meeren, dessen wirtschaftliche Entwicklung stark von der maritimen Wirtschaft, dem Tourismus, einer intakten Natur und guten Verbindungen mit Dänemark, Schweden und den anderen Ostseeanrainern abhängt, sind die Diskussion der Konferenz und ihre Entscheidungen für Schleswig-Holstein sehr wichtig.“ Mit den in Berlin beschlossenen Positionen erhielten die im Landtag von Schleswig-Holstein gefassten Beschlüsse zur Integrierten Meerespolitik deutliche Unterstützung.

Bereits mit Blick auf die 17. BSPC, die im September 2008 im schwedischen Visby auf der Ostseeinsel Gotland stattfinden wird, übergab Franz Thönnnes den Vorsitz im Ständigen Ausschuss zum Abschluss der Konferenz an die schwedische Reichstagsabgeordnete Sinikka Bohlin. Entsprechend vorwärtsgerichtet war sein Fazit: „Eine sichere und saubere Ostsee, eine ökonomisch starke und innovative Ostseeregion, stabile Gesellschaften mit sozialer Verantwortung, ein zukunftsträchtiges und nachhaltiges Netzwerk der Zusammenarbeit in der Region und eine enge Zusammenarbeit mit Russland, das sind die Maximen für eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie im Ostseeraum“.

In der ersten Sitzung des *Standing Committee* nach der Konferenz wurde Franz Thönnnes zum Vorsitzenden der neuen Arbeitsgruppe „Arbeit und soziale Wohlfahrt“ gewählt. Sie wird sich insbesondere den Themen „Grenzpendler“ und „Jugendarbeitslosigkeit“ zuwenden.



Franz Thönnnes mit Sinnika Bohlin, seiner Nachfolgerin als Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der BSPC, und Astrid Höfs, Vorsitzende des Europaausschusses im Schleswig-Holsteinischen Landtag

gesunde  
ARBEIT  
SEGEBERG



Im Einsatz für gesunde Arbeit

## „Gesunde Arbeit Segeberg“ Modellprojekt gestartet

Schon in wenigen Jahren wird aufgrund der demografischen Umbrüche in vielen Betrieben jeder dritte Beschäftigte über 50 Jahre alt sein. Wissen über Präventions-, und im Krankheitsfall Rehabilitationsmöglichkeiten für Mitarbeiter spielt deshalb eine immer größere Rolle. Doch gerade für kleine und mittelständische Betriebe ist es oft schwer, die Angebote zu durchschauen. Hier setzt das neue Modellprojekt „Gesunde Arbeit“ an.

Nach dem SGB IX §84(2) sind Arbeitgeber verpflichtet, Beschäftigte, die länger als 6 Wochen krank sind, anzusprechen, um gemeinsam einen Weg zu finden, der Beschäftigung sichert und Frühverrentung vermeidet. Dabei ist jedoch für Inhaber oder Personalverantwortliche kleinerer Betriebe oft schwer zu erkennen, welche Maßnahmen sie sinnvoll in ihrem Betrieb umsetzen können oder wo kompetente Unterstützung zu finden ist. Ein neuartiges Beratungskonzept soll nun kleinen und mittleren Unternehmen im Kreis Segeberg helfen, bei allen Gesundheitsproblemen im Betrieb die geeigneten Maßnahmen einzuleiten.

Mit dem Modellprojekt „Gesunde Arbeit Segeberg“ wird eine Beratungs- und Koordinierungsstelle einge-

**„Wir wollen helfen, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer zu erhalten. Das ist — neben der Initiative 50plus — die andere Seite der Medaille der Rente mit 67. Gesund in Rente, das muss unser Anspruch sein!“ - Franz Thönnnes**

richtet. Diese soll mit allen Sozialversicherungsträgern und Dienstleistungsanbietern Vereinbarungen über eine strategische Partnerschaft schließen und so für die Unternehmer zum kompetenten Ansprechpartner in allen Fragen der betrieblichen Gesundheitsförderung, des Gesundheitsschutzes und der Wiedereingliederung in Beschäftigung nach Krankheit werden.

„Wenn es gelingt, Wirrwarr zu beenden und alle Information aus einer Hand zu koordinieren und die Betriebe unabhängig zu beraten, sind auch kleinere Unternehmen in der Lage, dafür zu sorgen, dass ihre Mitarbeiter länger gesund arbeiten oder nach einer Krankheit schneller zurückkehren“, erklärt Henrik Persson, Projektleiter von „Gesunde Arbeit Segeberg“.

Das Modellprojekt — „eins von bundesweit sechs Regionalprojekten zur Verbesserung von Beschäftigungsfähigkeit in kleinen und mittleren Unternehmen“, wie Franz Thönnnes betont — erhält eine Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Begleitend werden Qualitätsstandards erarbeitet, damit derartige Einrichtungen bundesweit eingeführt werden können. Für den Kreis Segeberg hat das Projekt auch deshalb einen hohen

Stellenwert, weil es das Profil als Gesundheitsstandort mit 9.000 Arbeitsplätzen schärft.

Die Beratungs- und Koordinierungsstelle hat ihre Arbeit bereits aufgenommen. Zunächst wurden alle für die Betriebe relevanten Leistungen und Maßnahmen erfasst. Am 22. November wurde zu einer Fachtagung in die Räume der Ärztekammer Bad Segeberg eingeladen, bei der Meinungsträger aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und öffentlichem Leben von Projektleiter Persson, Dr. Friedrich Mehrhoff (Deutsche Gesellschaft für Rehabilitation), Bernd Jorkisch (IHK) und Franz Thönnnes über das Projekt informiert wurden. Ab Frühjahr 2008 wird „Gesunde Arbeit“ dann direkt an die kleinen und mittleren Unternehmen im Kreis Segeberg herantreten.

Ein weiteres Vorhaben ist die Einrichtung einer telefonischen Beratung. Auch ein „Markt der Möglichkeiten“ ist geplant, um das Projekt im Kreis Segeberg bei den Unternehmen bekannt zu machen.

Schließlich soll das Projekt kleinen und mittleren Un-



Allseitige Freude über das neue Projekt

ternehmen in der Region auch helfen, durch eine bessere Gesundheitsförderung ihre Position am Markt zu verbessern. Viel kosten müssen die Maßnahmen dabei nicht, denn die Mitarbeiter des Projekts werden vor allem Maßnahmen koordinieren, an deren Finanzierung sich die Krankenkassen beteiligen. Betriebliches Gesundheitsmanagement zahlt sich aus.

Thönnnes' Fazit: „Ich freue mich sehr, dass wir dieses Projekt nach Segeberg holen konnten. Es ist eine hervorragende Ergänzung für unsere „Gesundheitsregion Segeberg“ und unterstreicht deren Bedeutung.“ Mehr Infos zu Betrieblichem Eingliederungsmanagement unter [www.bmas.de](http://www.bmas.de) oder [www.gesundearbeit.de](http://www.gesundearbeit.de).

## RÜCKBLICK: WAS MICH 2007 BESONDERS GEFREUT HAT



Die **Arbeitslosigkeit** ist im Vorjahresvergleich einschließlich November um 1,2 Prozentpunkte (auf jetzt 5,3%) im Kreis Segeberg und um 1,7 Prozentpunkte (auf jetzt 4,0 Prozent) im Kreis Stormarn zurückgegangen. Im November 2005 lag die Arbeitslosenquote in Segeberg sogar noch bei 7,9 Prozent, in Stormarn bei 7,0 Prozent.

Der in den Kreis Segeberg geholte Modellversuch zum „**Persönlichen Budget**“ ist auch hier erfolgreich verlaufen. Ab 1.1.2008 haben alle Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe haben, ein Recht auf das „Persönliches Budget“. Das heißt, sie können sich – anstelle der Übernahme der Kosten für den Heimplatz oder das Hilfsmittel, z.B. einen Rollstuhl – den ihnen zustehenden Bedarf auch bar auszahlen lassen und dann selbst entscheiden, was sie wo bei wem einkaufen. Keiner muss, aber es ist ein Recht, das helfen soll – in Übereinstimmung mit den Verbänden für Menschen mit Behinderungen – mehr Selbstbestimmung, Lebensqualität und Eigenverantwortung zu gewährleisten. Mehr Infos unter [www.budget.bmas.de](http://www.budget.bmas.de).



Trägerübergreifendes  
Persönliches Budget



Fast 1.800 Bürgerinnen und Bürger, Schülerinnen und Schüler waren in den letzten 12 Monaten im Rahmen eines Parlamentsbesuches und einer Diskussionsrunde **zu Gast bei mir in Berlin**. Das große Interesse hält weiter an. Schon jetzt liegen für 2008 allein für das 1. Halbjahr 1.000 Anmeldungen vor.

Die Bekanntgabe unserer **Halbzeitbilanz** zum November 2007 und die Infostände in Bargteheide, Bad Segeberg und Norderstedt. Die Bilanz kann sich sehen lassen. Unserem Gestaltungsauftrag und unserer Verantwortung auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft konnten wir in der Großen Koalition weitgehend gerecht werden.



Die Durchsetzung des **Mindestlohns** im Bereich der Briefdienstleistungen und damit wieder ein Stück mehr soziale Gerechtigkeit, das wir schaffen konnten.

Der Kreis Herzogtum Lauenburg gehört in Partnerschaft mit Hamburg nun auch zu einer der 62 Modellregionen, die sich im Rahmen des Programms „**Perspektive 50plus** – Beschäftigungsaspekte in den Regionen“ mit 275 Mio. Euro bis 2010 um eine Verbesserung der Beschäftigungschancen Älterer kümmern.

Der Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages Stephan Richter hat eine Idee von mir aufgegriffen, die in die Initiative „**Arbeit mit Erfahrung**“ mündete. Es ist uns dabei gelungen, Landesregierung, Unternehmensverbände, DGB Nord, IHK, Handwerkskammer und Bundesagentur Regionaldirektion Nord in ein Boot zu holen. Gemeinsam warben wir jeweils in der Dienstags- und Samstagausgabe des Mantels der Regionalausgaben des shz-Verlages halb- und ganzseitig in Kommentaren, Gastbeiträgen, Betriebsberichten und guten Beispielen für die Integration älterer Beschäftigter. Dazu gehörten auch eine Telefonaktion, drei Regionalkonferenzen sowie eine achtseitige Sonderbeilage des Verlags Ende November. Es ist schön, dass die Initiative mit dem Thema „Weiterbildung“ fortgesetzt werden soll.



Wiederum konnte ich dem einen oder anderen **Bürger** behilflich sein bei Anfragen oder im Umgang mit Behörden und Institutionen.



Ich durfte **Heini Heike** (96), Ehrenvorsitzender der SPD Barsbüttel, im November 2007 zum 80-jährigen Parteijubiläum gratulieren und die Laudatio halten.

Im März 2007 durfte ich für die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland anlässlich der Unterzeichnung der **UN-Behindertenkonvention** vor den Vereinten Nationen in New York sprechen.



Die SPD hat im Kreis Segeberg mit **Jutta Hartwig** und in Bargteheide mit **Susanne Danhier** zwei hochkompetente Kandidatinnen für die Landrats- bzw. Bürgermeisterwahl in 2008 aufgestellt. Beide verdienen unsere volle Unterstützung, damit die guten Chancen am 25.5.2008 auch Wirklichkeit werden.

Meine Familie und ich sind in 2007 gesund geblieben und... wir haben mit **Islay** jetzt wieder eine sieben Monate junge Berner Sennenhündin bei uns zuhause.



**Bürgerbüro**

Oldesloer Straße 20  
23795 Bad Segeberg  
Tel.: 04551—968383  
Fax.: 04551—967338

E-mail: buergerbuero@thoennes.de

**Berliner Büro**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
10557 Berlin

Tel.: 030—227—71128

Fax.: 030—227—76828

E-mail: franz.thoennes@bundestag.de

**AUSGEWÄHLTE REDEN:**

21.9. in Riga zum 15-jährigen Bestehen des SIC

9.10. in München zu „job — Jobs ohne Barrieren“

17.10. in Oberhausen zu Behinder-  
tenpolitik und Zukunft der Berufsfor-  
derungswerke

24.10. in Berlin zum Persönlichen  
Budget

1.11. in Bad Oldesloe zur „Rente  
mit 67“

17.11. in Schleswig zum Thema  
„Sozialforum Nord — Hartz IV für  
Kommunalpolitiker“

30.11. in Bremen zu betrieblicher  
Prävention

3.12. in Hamburg zu „Potenzial  
45plus“

5.12. in Ratzeburg zu Arbeitslosen-  
geld, Mindestlohn und Niedriglohn.

14.12. in Berlin zur Angleichung  
des Rentenwerts (Ost)

**KOMMENDE  
VERANSTALTUNGEN**

*Samstag, 26.1., 10:00 Uhr im  
Ganztagszentrum Bargteheide, Am  
Markt 2: Kreiswahlkonferenz und  
Kreisparteitag der SPD Stormarn*

*Mittwoch, 30.1., 11:00 Uhr im Kreis-  
haus Bad Segeberg: Gemeinsame  
Pressekonferenz mit Landrat Gor-  
rissen zum Persönlichen Budget*

*Samstag, 2.2., 10:00 Uhr in Sie-  
mers Gasthof, Dorfstr. 21, Breiten-  
felde: Kreiswahlkonferenz und  
Kreisparteitag der SPD Herzogtum-  
Lauenburg*

**Freiwilligendienst für junge Menschen  
Gutes tun und die Welt entdecken**

Den Regenwald in Brasilien schützen, Ackerbau in Vietnam betreiben, eine Solaranlage in Burkina Faso errichten oder ein Heim für Straßenkinder in Ghana unterstützen. Das neue entwicklungspolitische Programm „weltwärts“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung macht es möglich. „weltwärts“ ist ein Programm, mit dem junge Menschen unterstützt werden, die freiwillig in einem Entwicklungsland arbeiten wollen. Den Freiwilligen entstehen dadurch keine besonderen Kosten. Darauf hat jetzt der SPD-MdB Franz Thönnies, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales hingewiesen.

„Ich freue mich, dass internationales Engagement jetzt nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt, sondern für alle Interessierten diese Möglichkeit besteht,“ so

Thönnies. „weltwärts“ richtet sich an junge Menschen im Alter von 18 – 23 Jahren, die nach der Schule oder Ausbildung für 6 bis 24 Monate in Entwicklungsländern mitarbeiten wollen. Grundkenntnisse in der Sprache des Gastlandes sind ebenfalls erwünscht. Der Freiwilligendienst wird rund um den Globus möglich sein. Mit einem monatlichen Zuschuss von 580,- Euro pro Person werden Unterkunft und Verpflegung, Reisekosten, die fachlich-pädagogische Begleitung vor Ort und ein kleines Taschengeld finanziert.

Weitere Informationen sind im Internet unter [www.weltwaerts.de](http://www.weltwaerts.de) zu finden.

**weltwärts**  
Der Freiwilligendienst des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

**Der neue  
entwicklungspolitische  
Freiwilligendienst**

[www.thoennes.de](http://www.thoennes.de)



**Stark im Norden!**

**IMPRESSUM**

Herausgeber: Franz Thönnies

Redaktion: Franz Thönnies, Benjamin Seyd

Redaktionsadresse: Berliner Büro, Platz der  
Republik 1, 10557 Berlin